



FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION BIELEFELD
bielefeld.fau.org | faubi-kontakt@fau.org

Piranjaja Juni 2015

Allgemeines Syndikat (ASY-BI): montags, 1., 15. und 29. Juni, 18.30 Uhr
alle Treffen im FAU-Gewerkschaftslokal, Metzger Str. 20 (Ecke
Mühlenstraße), Bielefeld

Gewerkschaftsbüro geöffnet: **montags, 16.00 - 18.00Uhr**
Termine sind auf unserer HP: **bielefeld.fau.org** zu finden
Neu: **im Büro können unsere Buchbestände gelesen werden**

ACHTUNG: Termine und Links zu anderen Gruppen ab sofort unter:
bielefeld.fau.org

Gewerkschaften in Aktion

- 1.) FAU Bielefeld: Gewerkschaftliche Selbstorganisation auch im Knast
- 2.) FAU Bielefeld: Migration und Arbeit
- 3.) FAU Berlin: Solidarität: Streik im Babylon Mitte
- 4.) FAU Berlin: Mall-Subunternehmen verliert erneut Anwalt
- 5.) FAU Dresden: Neue Lohnspiegelkampagne der Basisgewerkschaft Nahrung und Gastronomie in Dresden
- 6.) FAU Kiel: Pflegeprotest - Warum Widerstand und Organisation bitter notwendig sind
- 7.) GDL
- 8.) Kurzmeldungen

Anarchismus in Bild und Bewegung

- 9.) Anarchistisches Forum OWL: Film: Verdrängung hat viele Gesichter
- 10.) SCHWARZER FREITAG des AFOWL am 29. Mai

Lesetipp

- 11.) Arbeiten ohne Chefs

... und der ganze Rest

- 12.) IT´S TIME TO ORGANIZE! Join the Union!
- 13.) Direkte Aktion

Gewerkschaften in Aktion

1.) FAU Bielefeld: Gewerkschaftliche Selbstorganisation im Knast: Die Gefangenen-Gewerkschaft, Bundesweite Organisation (GG BO)

Am 20. April führte der Journalist und FAU-Gewerkschafter Peter Nowak in die aktuellen Kämpfe und Selbstorganisationsprozesse der Gefangenen-Gewerkschaft Bundesweite Organisation (GG-BO) ein. Im FAU-Gewerkschaftslokal schilderte Nowak, mit welchen Schwierigkeiten die Genoss*innen der GG-BO konfrontiert sind in ihrem Bestreben, ihre eigenen Interessen im Rahmen der Knastarbeit durchzusetzen. Dabei stehen die Genoss*innen hinter Gittern einem justiziell-industriellen Komplex entgegen, welcher auf die Verwertung der Knastarbeit abzielt und diese als kostengünstigen Standortfaktor in der interregionalen Konkurrenz anbietet.

Forderungen und Ziele der Gefangenen-Gewerkschaft

Die zwei Forderungen der GG-BO sind die Geltung des allgemeinen Mindestlohns (von 8,50 Euro pro Stunde nach dem Mindestlohngesetz [MiLoG]) für Gefangene und die Berücksichtigung der Knastarbeit im Rahmen der Sozial- und Rentenversicherungen. Schließlich führten die Armutslöhne im Knast und die Nichtberücksichtigung der Knastarbeitszeiten zur Altersarmut nach der Entlassung. Was wiederum den Gedanken der „Resozialisierung“ und ihre justizielle Umsetzung und justizpolitische Regulierung ad absurdum führe. Für die Gewerkschafter*innen der GG-BO sind damit die Selbstorganisation und die Kämpfe um minimale arbeits- und sozialrechtliche Standards erste Schritte zur Selbstermächtigung innerhalb des Repressions- und Normalisierungssystems Knast. Bei der strategischen Beschränkung auf die zwei zentralen Forderungen fallen jedoch darüber hinausgehende Aspekte der Knastarbeit wie deren Zwangscharakter als diskursives Element aus. Dabei sei, so Nowak, justizpolitisch bereits eine bundesrechtliche Regelung zur Abschaffung der Zwangsarbeit im Knast erlassen, welche jedoch durch Länderrecht blockiert werde¹. Die Frage nach der grundsätzlichen Kritik am Zwangscharakter der Gefängnisarbeit wurde von zahlreichen Diskutant*innen gestellt. Nowak entgegnete darauf, dass der Knastarbeit ein ambivalenter Charakter eigen sei, da sie einerseits mit Zwang verbunden sei, zugleich jedoch eine Möglichkeit zur Erlangung größerer Handlungsfreiheit über einen geringen Lohn darstelle. So könnten Gefangene durch die Knastarbeit Bedürfnisse, z. B. Zeitungsabos, befriedigen, welche ohne Knastarbeit unbefriedigt bleiben müssten. Darüber hinaus böte die Knastarbeit, hier nahm Nowak die Perspektive einzelner Gefangener ein, Abwechslung zur Tristesse innerhalb der Gefängnisse. Aus gewerkschaftlicher Perspektive könne argumentiert werden, dass es zentrales Interesse der Gewerkschafter*innen sei, ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb der Gefängnisse Lohnarbeiten müssten.

Probleme der Organisierung

Gewerkschafter*innen hinter Gittern stehen vor der besonderen Problematik, dass die Leitungen der Justizvollzugsanstalten ihre Organisationsansätze durch Instrumente unterdrücken können, welche außerhalb der Knäste nicht zur Verfügung stehen. So hielten einzelne JVA-Leitungen unter fadenscheinigen Argumenten die gewerkschaftlichen Materialien, z. B. *outbreak*, die Gewerkschaftszeitung der GG-BO,

¹ Die Bundesländer besitzen in der Justiz-, Polizei- und Kultur (Bildungs-)politik die Gesetzgebungshoheit.

zurück (vgl. die aktuelle Pressemitteilung der GG-BO zum Union Busting² in der JVA Lech). So argumentierten Anstaltsleitungen etwa, dass sich Gefangene gegen gewerkschaftliche Informationsmaterialien und Agitationsversuche auf Grund der mangelnden räumlichen Ausweichmöglichkeiten innerhalb der Gefängnisse nicht wehren könnten. Neben der offensichtlichen Dummlichkeit der Argumentation kommt zudem eine Haltung gegenüber den inhaftierten Gewerkschafter*innen zum Ausdruck, welche beinhaltet, dass diese schutzbedürftige Subjekte ohne eigene Willensfähigkeit seien. Gewerkschaftliche Selbstorganisation symbolisiert dagegen die ausgereifte und kampfbereite Handlungsfähigkeit der Gefangenen, welche die JVA-Leitungen geradezu herausfordern muss. Die GG-BO informierte auf Grund derartiger Vorgehensweisen wiederholt über die repressiven Maßnahmen gegen Gewerkschafter*innen in den Knästen (vgl. die Gewerkschaftszeitung *outbreak*). Union Busting bleibt somit nicht auf normale kapitalistische Unternehmen beschränkt, sondern wird seitens reaktionärer Anstaltsleitungen zunehmend durchgeführt. Nowak argumentierte weiter, dass derzeit die Kommunikation innerhalb der GG-BO und zwischen inhaftierten Gewerkschafter*innen und Unterstützer*innen über die Berliner Kontaktstelle der GG-BO im Haus der Demokratie und den freigelassenen Gewerkschafter Oliver Rast ablaufe, was die Dezentralisierung der gewerkschaftlichen Organisation erschwere. Diskutant*innen problematisierten die Kommunikationswege zwischen Gefangenen und fragten ins Plenum, wie die Unterstützung von außerhalb trotz dieser kommunikativen Hürden aussehen könnte.

Die Unterstützung von außen gelte es an allen Orten in OWL aufzunehmen und fortzusetzen, schlug Nowak vor. Zumal es mit der Roten Hilfe und der Antiknastgruppe bereits thematisch ausgerichtete Gruppen gebe.

Gewerkschaftsarbeit drinnen und draußen

Was können wir aus den Erfahrungen der Gewerkschafter*innen hinter Gittern lernen? Radikale Gewerkschafter*innen können von den Fortschritten der GG-BO lernen, dass es für Menschen, unabhängig davon, wo sie Lohnarbeiten, ein Schritt in Richtung praktizierten freiheitlichen Sozialismus ist, wenn mensch seine Interessen und Bedürfnisse unter schwersten Bedingungen verteidigt und ihre Realisierung vorantreibt. Nichtgefangene Gewerkschafter*innen können kommunizieren, dass radikale gewerkschaftliche Selbstorganisation neben den Unternehmen weitere Institutionen, z. B. Gefängnisse, Werkstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen, Arbeitsagenturen, Jobcenter, „Dritter Arbeitsmarkt“ etc., in den Blick nehmen muss, um ausbeuterische Verhältnisse zu attackieren. Insgesamt bietet die Entwicklung der Gefangenengewerkschaft positive Ausblicke für die Organisation radikaler Gewerkschaftsarbeit im Rahmen bürgerlicher Verhältnisse, zumal unter besonderen Bedingungen. Allerdings muss der Kampf gegen Repressions- und Normalisierungsinstitutionen, z. B. Knäste, offensiv fortgeführt werden.

² Unter Union Busting werden Maßnahmen seitens der Kapitaleseite gefasst, welche eine Etablierung und Ausweitung gewerkschaftlicher Organisation und Praxis innerhalb der Unternehmen beeinträchtigen und verhindern. Hierzu zählen etwa Drohungen und Kündigungen gegen engagierte Betriebsräte, das Verhindern der Gründung von Betriebsgruppen oder Betriebsräten, juristische Schulungen gegen gewerkschaftliche Praktiken oder das Verbot der gewerkschaftlichen Agitation.

2.) FAU Bielefeld: Migration und Arbeit

Redebeitrag der FAU-Bielefeld auf der Demo für Solidarität mit Geflüchteten in Herford (16.05.2015)

Die FAU – Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union - ist eine seit 1977 bestehende bundesweite Gewerkschaftsföderation. Warum halten wir als kleine Basisgewerkschaft hier eine Rede? Die Gründe, warum Menschen nach Europa flüchten, sind vielfältig und verständlich und bitter. Selten findet Migration freiwillig statt. Der Fokus der Medien liegt zur Zeit auf den Tausenden von Menschen, die versuchen, auf alten Wracks übers Mittelmeer in die „Festung Europa“ zu gelangen. Wenn sie es geschafft haben, sind die allermeisten Migrant*innen dazu gezwungen, sobald es irgendwie möglich ist, ihre Arbeitskraft zu Markte zu tragen. All zu oft warten hier nur die miesesten Jobs zu den miesesten Bedingungen auf sie. Weniger liegt der Fokus auf denen, die, ganz gleich ob illegal oder scheinbar legal, nach Deutschland gelangen.

1.) Wir möchten zuerst den Blick auf eine Gruppe von Menschen, von Arbeiter*innen richten, die normalerweise nicht wahrgenommen werden, die mitten unter uns und doch vollkommen unsichtbar arbeiten und leben. Sie sind Opfer eines systematischen Menschenhandels, der weder von Medien noch von Politiker*innen angeprangert wird. Unter falschen Versprechungen werden jährlich tausende von Arbeiter*innen aus Ost-europa nach Deutschland gelockt. Sie landen in den Schlachthäusern und Bordellen im Nordwesten der Republik, angeworben von ausländischen Subunternehmen, die in der Regel Teil der Imperien hiesiger Fleischproduzenten sind. (Wir schätzen, dass im Kreis Gütersloh zur Zeit etwa 7.000 migrantische Leiharbeiter*innen in der Fleischproduktion arbeiten.) Die sie anheuernden Subunternehmen hinterziehen Sozialabgaben, lassen „schwarz“ arbeiten, zahlen kaum oder gar keinen Lohn, trotz des im politischen Berlin hochgelobten Mindestlohns. Andererseits verdienen sich die Unternehmer und ihre Manager eine „goldene Nase“ am Menschenhandel, die Unternehmen wechseln jährlich ihre Namen oder gehen Pleite, haftbar bzw. angreifbar sind sie nicht!

Für die Beschäftigten unverständliche Akkordverträge führen immer wieder zu Ärger mit den Vorarbeitern, zu Kündigung der Schlafstelle bis hin zu horrenden Lohnabzügen und damit zu sklavenähnlichen Abhängigkeitsverhältnissen.

„Gebühren“ für die Vermittlung, Wuchermieten usw. führen zu Verschuldung der ArbeiterInnen. Diese werden zu rechtlosen Objekten, die der Willkür der Unternehmen und ihrer Handlanger ausgeliefert sind. Wer aufbegehrt, fliegt, ebenso wer krank wird, sich verletzt, zu lange Pinkelpausen einlegt, das „Lager“ (oh Entschuldigung) die zugewiesene Wohnung unerlaubt verlässt. Kündigung ist gleichbedeutend mit Ausweisung. Ansprüche auf ausstehenden Lohn gibt es nicht, da der Arbeitsvertrag in den Händen der Subunternehmen bleibt, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, gar Urlaub oder Arbeitsschutz, gibt es ebenfalls nicht.

Ihr seht also, ob angeworben oder nicht, ob mit oder ohne Papiere, viele Migrant*innen arbeiten unter entsetzlichen und entrechtlichten Bedingungen, ganz gleich, ob sie dies formal korrekt tun oder nicht.

2.) Schätzungsweise eine halbe bis eine Million Menschen leben und arbeiten nicht-registriert in Deutschland, offiziell gibt es sie gar nicht. Sie arbeiten hier, oft unter eben solchen sklavenähnlichen Bedingungen, wie gerade skizziert. Sie kommen aus Asien, Afrika, dem hinter dem EU-Zaun liegenden Osteuropa oder Südamerika. Der größte Teil dieser Menschen arbeitet in der "Schattenwirtschaft" wie etwa in privaten Haushalten, auf dem Bau, in der Lagerwirtschaft oder in der Pflege. Die Löhne, sofern sie bezahlt werden, liegen bei ein bis zwei Euro pro Stunde, die Unterkünfte sind manchmal nur Matratzenlager im Keller. Sie sind Illegale, das wissen sie und vor allem wissen es die Arbeitgeber*innen.

3.) Wir sehen also, ganz gleich, wie Arbeiter*innen nach Europa kommen, eines ist ihnen gleich: Ihre miesen Jobs und die sklavenähnlichen Bedingungen, unter denen sie arbeiten. Und: Sie haben keine Wahl! Die Menschen müssen ihren Job unbedingt behalten, einen anderen gibt es oft nicht und das bedeutet: Ausreise zurück in das Elend und die Perspektivlosigkeit. Sie sind und arbeiten hier völlig entrechtet in

absoluter Unsicherheit, haben nichts, nur eines und davon reichlich: Angst. Vor der Abschiebung, Angst, das bisschen, was sie haben, auch noch zu verlieren. Ihre zurückgelassenen Familien haben sich häufig verschuldet und sind nun abhängig von dem bisschen Geld, das von Deutschland aus überwiesen werden kann. Diejenigen, die es nicht mehr aushalten und aussteigen oder gar an die Öffentlichkeit gehen wollen, die erfahren, das Terror und Unterdrückung viele Gesichter haben und vor keiner Grenze halt machen.

Gibt es eine Perspektive auf Solidarität, gar Widerstand?

„...die Linken unter den Lohnabhängigen sollten sich von einigen Illusionen verabschieden...“, schreibt Mag Wompel in der „Direkten Aktion“ vom Mai 2015, und weiter: „So ist es schön und wichtig, wenn immer häufiger junge, linke Gruppen betriebliche Streikbewegungen von außen unterstützen – sei es bei Neupack in Hamburg oder Amazon.“ Wir haben gelernt, unser Konsum- und Sprachverhalten politisch korrekt zu reflektieren, es wird dringend Zeit, das wir unser Arbeitsverhalten kritisch betrachten und hinterfragen.

Wie wollen wir glaubhaft solidarisch mit migrantischen Arbeiter*innen sein, wenn wir es nicht hinkriegen, uns solidarisch untereinander zu verhalten, uns basisdemokratisch selbst zu organisieren und stattdessen immer wieder auf Parteien und DGB schielen? Der Parlamentarismus, unabhängig der Parteifarbe, und die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften waren bisher nicht die solidarischen Kämpfer an der Seite der Wanderarbeiter*innen!

Als ob diese Kapitalistenknechte und Nationalisten ernsthaft eine Welt ohne Herrschaft und Ausbeutung schaffen wollen. Diese Hoffnung ist gleichbedeutend damit, „den Bock zum Gärtner“ zu machen, ist das Ende aller Hoffnungen.

Dem setzen wir eine lebendige syndikalistische Gewerkschaftsbewegung entgegen, die basisdemokratisch von unten auf funktioniert und konfrontativ, offensiv und selbstbewusst mit den Bossen und Herrschenden umgeht.

In Sinne unseres eigenen Anspruchs grenzüberschreitender Solidarität „ist es spannend, den Blick auf die USA zu richten, wo momentan die Kampagne „Fight for 15\$“ für die Erhöhung des Mindestlohns auf 15\$ kämpft. In der Kampagne sind vor allem prekär Beschäftigte organisiert: Fast-Food-Arbeiter*innen, Verkäufer*innen, Pflege- und Putzdienste, Erzieher*innen, Flughafenpersonal und Bauarbeiter*innen. Im April machten sie mit Streiks und Demos auf ihre Forderungen aufmerksam, in New York wurde eine McDonalds-Filiale gestürmt und in Seattle konnte sogar erfolgreich eine Lohnerhöhung für 40.000 Menschen durchgesetzt werden.“, so Silke Bremer von der FAU Hannover.

- Solidarität kann durch Aufklärung über die Produktions- und Arbeitsbedingungen, denen Migrant*innen unterworfen sind und die eine Art „moderne Sklaverei“ darstellen, erfolgen.

- Solidarität kann die Unterstützung bei der Suche nach Arbeit sein oder das Einschreiten bei rassistischen Übergriffen gegen Kolleg*innen.

- Solidarität kann Hilfe zur Selbstorganisation, Beratung in Fragen von Arbeits- und Tarifverträgen, von Wohn- und Mietrecht, von Sozialversicherungen, medizinischer Versorgung und Arbeitsschutz sein.

FAU Bielefeld

Pressemeldungen:

Bünder Zeitung, Lokales Herford, *Solidarisch mit Flüchtlingen*, vom 18.05.2015

NW-Lokal: *Herford 200 Teilnehmer bei Demo gegen Rassismus*

Forderung der Demonstranten: Ein Seenotrettungsprogramm, das seinen Namen verdient, 17.05.2015, abrufbar unter:

http://www.nw.de/lokal/kreis_herford/herford/herford/20460722_200-Teilnehmer-bei-Demo-gegen-Rassismus.html

NW-Lokal: *Kreis Herford Flüchtlingsdemo: FDP sieht sich diffamiert - FDP*

Kreisvorsitzende Chris Dimitrakopoulos erklärt: "Rassismus ist kein Normalzustand", abrufbar unter:

http://www.nw.de/lokal/kreis_herford/herford/herford/20464614_Fluechtlingsdemo-FDP-sieht-sich-diffamiert.html

3.) FAU Berlin: Solidarität: Streik im Babylon Mitte

Nach einigen Jahren scheinbarer Ruhe befinden sich die Mitarbeiter*innen des Kinos Babylon Mitte im Arbeitskampf. Die FAU Berlin unterstützt den Streik der Beschäftigten im Babylon, zu dem für Freitag den 22.5. von 18:00 bis 22:00 Uhr aufgerufen wird, zumal sie nach wie vor im Betrieb vertreten ist. Der jetzige Streik wird durch die ver.di-Betriebsgruppe organisiert.



Seit 2010 Geschäftsführer Grossman die FAU Berlin nach einem langen Arbeitskampf gerichtlich quasi verbieten wollte, und dann zeitgleich mit dem damaligen ver.di-Vize Andreas Köhn einen mageren Haustarifvertrag abschloss (im Vergleich zum Flächentarifvertrag und Haustarifvertragsvorschlag der FAU Berlin), ist nicht viel passiert. Damals führte die FAU Berlin einen ihrer bedeutendsten Arbeitskämpfe gegen die prekären Arbeitsbedingungen in dem Kino, und kämpfte über Monate für einen Haustarifvertrag. Zu dieser Zeit war die FAU Berlin die stärkste Gewerkschaft im Betrieb. Die Anhebung der Löhne durch den Mindestlohn wurde zuletzt vom Senat bezahlt. Dieser hatte schon 2010 30.000 € mehr für den Tariflohn locker gemacht - zusätzlich zu den ca. 300.000 €, die das halbkommunale Kino so schon an Zuwendungen bekommt. Zeitgleich mit dem Erhalt dieser Zuwendungen vergrößerte sich mit der Zeit die Chefetage. Von zur Zeit 15 MitarbeiterInnen üben mehr als die Hälfte (!) leitende und koordinierende Tätigkeiten aus - ein wasserkopfähnliches Gebilde. Nun forderte die ver.di-Betriebsgruppe die schon seit Jahren versprochene Angleichung an den Flächentarifvertrag. Nach Aussagen der Beschäftigten sei laut Grossman dafür jedoch kein Geld da. Er versprach lediglich, beim Senat nachzufragen, ob es weitere Zuwendungen geben könnte, dann gäbe es vielleicht frühestens 2016 mehr Lohn. Eine weitere Ungeheuerlichkeit aus Grossmans Babylon!

Nun gibt es die Konsequenz der Beschäftigten: Streik!

Quelle: <https://berlin.fau.org/news/solidaritaet-streik-im-babylon-mitte>

4.) FAU Berlin: Mall-Subunternehmen verliert erneut Anwalt

Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's gänzlich ungeniert? Das mag auf das Mall-Subunternehmen Metatec vielleicht zutreffen, bestritt es doch auch zuletzt in der Öffentlichkeit abermals, die in der FAU Berlin organisierten Arbeiter, die vor dem Arbeitsgericht um ihr Löhne kämpfen, beschäftigt zu haben. Die Suche nach Anwälten dürfte aber eventuell für das Subunternehmen immer schwieriger werden. Denn mittlerweile legte bereits die zweite Kanzlei ihr Mandat für das Subunternehmen im Fall der betrogenen Arbeiter nieder. Was sagt uns das über dieses „Unternehmen“?

Rückblick:

Metatec ist eines der Unternehmen, welches vehement bestreitet, dass jemals rumänische Arbeiter für sie gearbeitet haben. Es ist aber auch dasselbe Unternehmen, welches im selben Atemzug denselben Arbeitern rechtswidrige Verzichtserklärungen unterschreiben ließ und ihnen Abschlagszahlungen von wenigen hundert Euro übergab. Auch die Berichte der Arbeiter von Gewaltandrohungen hat die FAU Berlin nicht vergessen.

Für die FAU Berlin steht außer Frage, dass Metatec die Arbeiter beschäftigt hat. Bereits zu Beginn des Konfliktes zeigte sich das Subunternehmen ob des gestiegenen öffentlichen Drucks

gesprächsbereit. Mitglieder der FAU Berlin trafen sich bereits am 3. Dezember mit dem damaligen Anwalt von Metatec der Kanzlei Streich und Partner. Im Laufe der konstruktiven Gespräche zeichnete sich bereits damals ab, dass, sollten sich die Vorwürfe erhärten, die Kanzlei ihr Mandat für dieses Subunternehmen niederlegen würde. Der Anwalt versicherte der FAU Berlin, er würde Metatec empfehlen, auf die Forderungen der FAU Berlin einzugehen.

Als die Aufmerksamkeit der Medien nachließ, verweigerte Metatec die Kommunikation und schickte ebenso die Geltendmachungen Ende Dezember zurück. Von der Kanzlei hat die FAU Berlin seitdem nichts mehr gehört, weshalb davon auszugehen war, dass diese das Mandat im Fall der Mall-Arbeiter niedergelegt hatte. Zu den Güteverhandlungen vor Gericht hatte Metatec einen neuen Anwalt engagiert. Bei den ersten zwei Güteverhandlungen war das Subunternehmen zu keiner Einigung bereit. Zum dritten Güteverhandlung erschien wiederum niemand seitens Metatec, und dem Subunternehmen wurde ein Versäumnisurteil verpasst. Nun, nur zwei Wochen nach dem letzten Güteverhandlung, bei dem Metatec die Chance hatte, eine gütliche Einigung zu finden, legte auch der zweite Anwalt mit sofortiger Wirkung sein Mandat nieder. Über die Gründe kann derzeit nur spekuliert werden.



Quelle: <https://berlin.fau.org/news/mall-subunternehmen-verliert-erneut-anwalt>

5.) FAU Dresden: Neue Lohnspiegelkampagne der Basisgewerkschaft Nahrung und Gastronomie in Dresden

BNG-FAU ruft Beschäftigte zur Veröffentlichung ihrer Arbeitsverhältnisse auf

Die BNG-FAU erstellt mit der Kampagne „Lohn oder Hohn?“ einen neuen Lohnspiegel, bei der Beschäftigte Lohnniveau, aber auch Arbeitsrechtsverstöße und andere Widrigkeiten melden können. Die Aktion dient sowohl der Orientierung von Kolleg*innen als auch von Kund_innen, die Wert auf faire Bezahlung legen. Gleichzeitig zieht die Gewerkschaft schon jetzt ein Fazit aus den ersten Beobachtungen.

Bereits am Donnerstag letzte Woche wurde im Rahmen des monatlichen „Soli-Tresen“ der FAU mit einem Vortrag zum Thema „Lage und Gewerkschaftsarbeit in der Dresdner Gastronomie“ auch die neue Kampagne vorgestellt. Mit Fragebögen im Postkartenformat und einem Online-Formular sollen sich Kolleg*innen schnell und anonym melden können. Alle Informationen finden sich unter <https://dresden.fau.org/lohn/>

Wolf Meyer (26), Sprecher der BNG-FAU, dazu: „Die bisherigen Rückmeldungen legen nahe, dass Minijobber*innen in Dresdner Gastro-Betrieben v.a. massenhaft um ihre Urlaubsansprüche und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall geprellt werden.“ Zudem kritisiert die Gewerkschaft die Praxis vieler Betriebe, Bewerber*innen zu einer Gewerbeanmeldung zu nötigen. Als Selbstständige verlieren die Beschäftigten dabei ihren rechtlichen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaub, Gründung von Betriebsräten, Streik und Kündigungsfristen. Gleichzeitig gehen damit für die meisten enorme Reallohnverluste einher. „Mit dem Ausweichen auf Selbstständige wird nicht nur der Mindestlohn umgangen, tatsächlich werden die Rechte der Beschäftigten fast völlig ausgehöhlt“, so Meyer weiter.

Die BNG-FAU hofft nun darauf, die Debatte um Arbeitsbedingungen in der Branche erneut zu entfachen, wie zuletzt im Rahmen des Streiks in der Kneipe „Trotzdem“ 2014. Den Lohnspiegel sieht sie dabei als ersten Schritt für gewerkschaftliche Aktionen. Nach der Einführung des Mindestlohns im Januar war eine grundlegende Erneuerung des Dresdner Gastro-Lohnspiegels nötig geworden, da kaum einer der erfassten Betriebe vorher das Niveau des Mindestlohns erreichte.

Quelle:

<https://dresden.fau.org/2015/04/pm-neue-lohnspiegelkampagne-der-basisgewerkschaft-nahrung-und-gastronomie-in-dresden/>

6.) FAU Kiel: Pflegeprotest - Warum Widerstand und Organisation bitter notwendig sind

Der Personalabbau der letzten Jahr(zehnt)e in privaten wie öffentlichen Kliniken schlägt sich in steigenden Zahlen von Krankenhausinfektionen, der massiven Ausbreitung multiresistenter Keime, psychischen Erkrankungen der MitarbeiterInnen und Fachkräftemangel nieder. Hygienische Defizite sind bei einer Personaldecke, die bei Krankheitsausfall schnell zum Flickenteppich wird, einkalkuliert und spiegeln die Ethik einer kapitalorientierten Gesundheitspolitik wider.

Eine examinierte Pflegekraft und eine Hilfskraft, gemeinsam für ca.30 PatientInnen zuständig, ist ein Zustand, der trotz gegenteiliger Behauptung, keine Seltenheit, keinen Einzelfall darstellt. Was früher als Notbesetzung an Streiktagen galt, ist heute Regelfall.

Einhaltung der Richtlinien zum Schutz aller im Krankenhaus befindlichen Personen sind unter diesen Umständen nicht zu gewährleisten und nur rudimentär erfüllbar.

In wenigen Berufen ist die psychische und physische Belastung so hoch wie in der Pflege. Wir werden manchmal mit Schicksalen konfrontiert, die unser bisheriges Vorstellungsvermögen übersteigen, mit Krankengeschichten, die wir auch mit nach Hause nehmen. Nicht jede/r kann sein/ihr Gewissen an der Pforte abgeben, wenn Feierabend ist und die Erkenntnis sich durchsetzt, unhygienisch, manchmal auch gefährlich gearbeitet zu haben. Die Pflege ist ein Beruf, der aus der Ellenbogenmentalität kapitalistischer Konkurrenzwirtschaft heraussticht. Insbesondere bei der Begleitung Sterbender sind Eigenschaften wie Empathie und Sensibilität für die Gewährleistung einer, dem sterbenden Menschen entsprechenden, würdevollen und ruhigen Atmosphäre unabdingbar. Diese menschlichen Stärken sozialer Kommunikation werden durch den Arbeitsalltag geschliffen, und dieses Ungleichgewicht zwischen (Eigen-)Anspruch und alltäglichen Arbeitsbedingungen führt

zu psychischen Konflikten und Krisen wie Depression, Burn-out, aber auch zu Zynismus gegenüber der Arbeit und PatientInnen. Ganzheitliche Betrachtung der zu Pflegenden, individuelle Pflege und Gesprächsangebote insbesondere für Notleidende und Ältere, können oft nur unzulänglich durchgeführt werden. Das gegeneinander Aufwiegen von Pflegeleistungen, die mehreren PatientInnen zustünden, wird unter dem Zeitdiktat zu einer Entscheidung, die einen Spagat in der Seele des oder der Pflegenden vonnöten macht und nie befriedigend sein kann. Die so genannte Prozessoptimierung, bei der Arbeitsabläufe effizienter geplant und durchgeführt werden sollen, ist unbestrittener Teil der notwendigen Reformierung der Krankenhausstruktur. Doch nur auf dieses Pferd zu setzen und fehlerprovozierende Besetzungsschlüssel als ausreichend darzustellen, ist eine realitätsferne, zynische, Wunschanalyse marktwirtschaftlich verdrehter Ökonomen, da Bedürfnisse der Patient*innen und Mitarbeitenden nicht eingeschlossen, sondern schlichtweg ignoriert werden. Der hilfsbedürftige Mensch wird im Krankenhaus als Humankapital, das früh genug wieder abgestoßen werden muss, um Gewinn zu erzielen, betrachtet. Dies ist die Sichtweise der Menschen, die unsere Krankenhäuser durchrationalisieren und die gegenwärtige Situation herbeigeführt haben.

Wir stemmen uns dieser Ansicht und dieser Entwicklung entgegen!!

Druck muss von „unten“, von uns Beschäftigten und Patient*innen kommen. Wir können als Leidtragende der Situation am Besten formulieren, was unsere Bedürfnisse sind.

Neben der berechtigten Forderung der gesetzlichen Personalbemessung ist eine starke Gewerkschaft, die durch uns und nicht durch Funktionäre lebt, wichtig.

Für die Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung!

Schluss mit der Betrachtung der Patient*innen als Humankapital!

Die Pflege muss sich wieder an den Leitbildern des Humanismus und nicht des Profits orientieren!!

Daher: Bewusst arbeiten, gemeinsam handeln, organisiert kämpfen in der FAU Kiel!

Quelle: https://www.fau.org/ortsgruppen/kiel/art_150513-202423



7. GdL: GdL-Streik beendet, Schlichtung vereinbart - Konterkarierung des Tarifeinheitsgesetzes?

“Die herrschenden Medien haben sich offensichtlich vergaloppiert. Da sie es bewusst verabsäumten, die Motive der GdL für ihren Abwehrkampf anzuerkennen und zu vermitteln, betonen Sie nach der Zwischeneinigung der Tarifparteien nur, dass der

Streik vorerst ende und dass neben Matthias Platzeck nun auch Bodo Ramelow als Schlichter fungieren solle. Etwas ganz anderes und v i e l Wichtigeres geht den Protagonisten der Oberflächlichkeit gar nicht in den Blick: Die GdL hat der Schlichtung – höchst konsequent – nur deshalb zugestimmt, weil zuvor von der DB anerkannt wurde, dass die GdL unabhängig von anderen Tarifverträgen ihre eigenen Tarifverträge abschließen kann. Dies war von Anfang das wesentliche Ziel der GdL und nicht irgendein angeblicher „Machtkampf“. Sie verteidigte damit die Tarifautonomie und das Koalitionsrecht des Grundgesetzes. Diese sollten aber gerade durch das von der Bundesregierung geplante und am Freitag zur Abstimmung stehende Tarifeinheitsgesetz eingeschränkt werden. Wenn nun die Bahn entgegen allen bisherigen Vermutungen und Annahmen sich nicht länger in die Strategie der Bundesregierung zur Durchsetzung des Gesetzes einspannen lässt und umgekehrt auch n a c h Inkrafttreten des TEG das Recht zubilligt, eigene Tarifverträge abzuschließen (und nicht etwa – wie das Gesetz es vorsieht – Tarifverträge der EVG „nachzuzeichnen“), dann ist allein d i e s ein Riesenerfolg der GdL im Tarifkampf, aber auch im Kampf gegen das TEG...“ Zwischenruf von Rolf Geffken vom 21.5.2015 im Dossier zur GdL Tarifrunde bei der Deutschen Bahn 2014.

Quelle: <http://www.labournet.de/>

8.) Kurzmeldungen

Molkereikonzern DMK: Warnstreiks beim Branchenriesen

„Um ihrer Forderung nach einer fairen Lohnerhöhung Nachdruck zu verleihen, sind die Beschäftigten des Deutschen Milchkontors (DMK) an vielen Standorten für mehrere Stunden in den Warnstreik getreten – weitere Arbeitskämpfmaßnahmen sollen folgen. Auch die zweite Verhandlungsrunde zwischen der Gewerkschaft NGG und dem DMK – Deutschlands größtem Molkereiunternehmen – war Mitte März ohne Ergebnis vertagt worden. Die Forderung der Beschäftigten nach einer Lohnerhöhung von 5,5 Prozent, steigenden Ausbildungsvergütungen und einer Übernahmegarantie nach erfolgreicher Ausbildung hat die Arbeitgeberseite mit dem Angebot einer 2,1 prozentigen Lohnsteigerung beantwortet: Das ist, angesichts immer weiter steigender Anforderungen an die Belegschaft und des wirtschaftlichen Erfolgs des Unternehmens, deutlich zu wenig, finden die Beschäftigten...“ Meldung der NGG vom 01.04.2015. Die dritte Tarifverhandlung findet am 15. April in Zeven (Niedersachsen) statt. Nach unseren Informationen handelt es sich bei DMK um einen Großabnehmer von Neupack-Produkten.

Quelle: <http://www.labournet.de/category/branchen/nahrung/>

Polen legen Schlachtung lahm – Werkvertragsarbeiter protestieren bei Danish Crown in Essen gegen Zahlungsverzug

„Zum ersten Mal sind osteuropäische Werkvertragsarbeiter im Oldenburger Münsterland aus Protest in einen Ausstand getreten. Knapp 50 polnische Schlachter legten gestern Mittag bei Danish Crown in Essen ihre Arbeit nieder und stoppten den Betrieb für etwa 90 Minuten. Ihr Vermittler, die Verleihfirma „Marbar“, hatte den Männern nur 270 Euro vom zustehenden Februarlohn ausgezahlt. Nach Auskunft aus Arbeitnehmerkreisen mussten die Schlachter von dem Teil-Lohn noch 100 Euro für ihre Unterkunft in der alten Molkerei in Badbergen abzweigen, obwohl der Bau offenbar illegal als Wohnheim genutzt wird. Der Fleischkonzern Danish Crown reagierte rasch auf die spontane Versammlung der Männer in der Kantine. Die Unternehmensleitung setzte dem Arbeitsvermittler Oleg S. eine Frist, die ausstehenden Summen noch am selben Nachmittag zu überweisen...“ Artikel von Hubert Kreke und Willi Siemer in der Münsterländischen Tageszeitung vom 28.03.2015

Quelle: <http://www.labournet.de/category/branchen/nahrung/>

Anarchismus in Bild und Bewegung

9.) Film: Verdrängung hat viele Gesichter

Das Anarchistische Forum OWL zeigt in Kooperation mit der AG Freie Bildung den Film "Verdrängung hat viele Gesichter" des Filmkollektivs "Schwarzer Hahn".

Das Filmkollektiv dokumentiert mit dem Projekt die Prozesse um Mieterhöhung und Verdrängung in einem kleinen Berliner Kiez zwischen Ost und West. Verschiedene Akteur*innen, Altmietler*innen, Politiker*innen, zugezogene Mittelschicht, kommen zu Wort und präsentieren ihr Sichtweise auf die Entwicklungen.

Der Film regt zum Nachdenken und Fragenstellen an und lässt uns über mögliche Auswege aus der kapitalistisch organisierten Befriedigung unserer Wohnbedürfnisse nachdenken.

Welche selbstbestimmten Möglichkeiten des Wohnens können wir aufbauen?

Datum: Donnerstag, 11.06.2015

Uhrzeit: 18.30 Uhr

Ort: AJZ-Kino

10.) SCHWARZER FREITAG des AFOWL am 29. Mai

"Was wir den Leuten sagen wollen in diesen Prozessen und was die tiefe Lehre dieser Prozesse ist und was die Leute nicht hören wollen – das ist: dass es in unserem Leben eine Grenze gibt, wo wir nicht mehr mitmachen dürfen." (Fritz Bauer)

Fritz Bauer - mit diesem Namen verbinden die meisten Menschen nicht allzu viel, trotz und auch wegen seiner historischen Bedeutung für die Aufklärung von NS-Verbrechen. Als Jude und Sozialdemokrat verfolgt, kehrte er nach Kriegsende nach Deutschland zurück und verschrieb sich als Generalstaatsanwalt erst in Braunschweig und dann in Frankfurt der Aufgabe, NS-Verbrechen zu verfolgen. 1953 rehabilitierte er im Remer-Prozess den Widerstand gegen Hitler und initiierte ab 1963 mit den Frankfurter Auschwitz-Prozessen die bis dato umfassendste juristische Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen. Diese Prozesse brachten nicht nur den "einfachen Mann" als Täter vor Gericht, sondern dokumentierten unumstößlich, was in Auschwitz passiert war. 2010 rief Ilona Zioks Film "Fritz Bauer - Tod auf Raten" erstmals seine Person und sein Wirken der Weltöffentlichkeit in Erinnerung. Dieser biografische Dokumentarfilm soll beim nächsten schwarzen Freitag am 29. Juni gezeigt werden und Grundlage für eine Diskussion sein, unterstützt von einem Referenten, der sich ausführlich mit der Thematik beschäftigt hat.

Datum: Freitag 29. Mai, 20 Uhr

Ort: Zentrum Better Days/FAU-Gewerkschaftslokal, Metzger Str. 20

Lesetipps

11.) Arbeiten ohne Chefs

Instandbesetzte Betriebe in Belegschaftskontrolle. Das argentinische Modell:



besetzen, Widerstand leisten, weiterproduzieren.

Als Argentiniens Wirtschaft 2001 zusammenbrach, kam es zwar nur beinahe zur Revolution, aber Tausende Werktätige lernten, Betriebe unter eigener Kontrolle weiterzuführen. Heute gibt es mehrere hundert solcher Betriebe in Argentinien, zum Teil von der Regierung kooptiert, zum anderen Teil aber weiterhin im Aufstand, wie die Keramikfabrik FaSinPat (Zanon), in der nach wie vor alle den gleichen Lohn bekommen und alle die gleiche Stimme in der Vollversammlung haben, der höchsten Autorität im Werk.

Im Buch, im Original herausgegeben von einem Verlagskollektiv aus Buenos Aires, gibt es die Geschichten von 10 derartigen Instandbesetzungen, die in Argentinien "recuperación" heißen:

Wiederinbetriebnahme, aber auch Genesung. Von

Aneignung ist meist gar nicht die Rede die Betriebe gehören sowieso dem Volk. Und konsequenterweise versorgen viele fabricas recuperadas ihre Nachbarschaft mit speziellen öffentlichen Diensten wie Volksschulen und Benefizveranstaltungen. Übersetzt, aktualisiert und mit Praxisanregungen angereichert von Daniel Kulla.

Inhalt:

Vorwort des Übersetzers: "Aber doch nicht hier bei uns!"

Einleitung der Verlagskooperative: Werktätige einer Klasse für sich

Zehn Geschichten

1. Zanón/FaSinPat: Eine Abmachung, mit der wir leben können
2. Brukman: Ein Kampf, der Geschichte schrieb
3. Crometal: Metallarbeiter des 21. Jahrhunderts
4. Chilavert: Was man so alles tun muss, um arbeiten zu können
5. Sime: Steinbruch im Widerstand
6. Conforti: Der Aufstand der Maschinen
7. Renacer: Eine Explosion am Ende der Welt
8. IMECC: Die Reifen-Prophezeiung
9. Unión y Fuerza: Eine Lektion in zwei Worten
10. Comercio y Justicia: Zukunft und Ruhm

Interview mit Eduardo Murúa

Die Bewegung: Wissen teilen und Kräfte bündeln

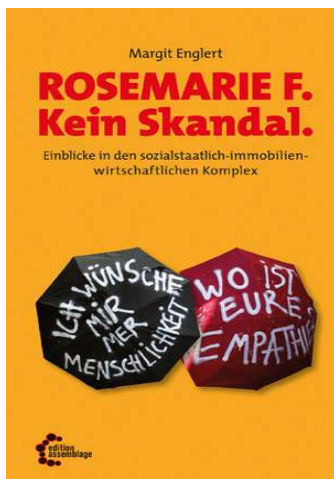
Adrian Mengay, Maike Pricelius, Luciano Tepper

Analyse: Selbstverwaltung und kollektives Management - wie steht es um die Betriebe in Belegschaftshand

Literatur

**Lavaca (Hg.): Sin Patron. Arbeiten ohne Chefs
AG Spak, 254 Seiten, 19 Euro**

12.) Margit Englert, Rosemarie F. Kein Skandal. Einblicke in den sozialstaatlich-immobilienwirtschaftlichen Komplex



Die Wohnungsfrage bedrängt viele Menschen und beeinträchtigt ihr Leben.

Rosemarie F. hat über ein Jahr lang um ihre Wohnung gekämpft. Sie starb zwei Tage nach ihrer Zwangsräumung, am 11. April 2013.

Was Rosemarie widerfahren ist, ist kein Einzelschicksal. Im Buch werden die konkreten Abläufe im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Verhältnissen analysiert und mit aktuellen stadtpolitischen Diskussionen verknüpft.

Das Buch ist vor allem ein Diskussionsbeitrag. Was behindert das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Menschen unter einem Dach? Wie können sich Menschen mit emanzipatorischem Ziel mit den Verhältnissen auseinandersetzen?

Margit Englert, **Rosemarie F. Kein Skandal**, Edition Assemblage, 134 S., 7,80 €.

13.) Erwitte - "Wir halten den Betrieb besetzt"



1975, fast am Ende des sogenannten „Roten Jahrzehnts“, wurde in einer Kleinstadt, dem westfälischen Erwitte, Gewerkschaftsgeschichte geschrieben. Ein Teil der 150 Beschäftigten des dortigen Zementwerkes Seibel & Söhne – viele hatten in harter verschleißender Arbeit und bei überlangen Arbeitszeiten das Werk nach dem Krieg wiederaufgebaut – fanden sich plötzlich auf einer Entlassungsliste. Der Unternehmer reagierte damit auf die Folgen des Preiskriegs in der Zementindustrie. Das selbstherrliche Auftreten und der respektlose Umgang des Firmenchefs Clemens Seibel mit seiner „Gefolgschaft“ veranlasste die Arbeiter zu einem außergewöhnlichen Schritt: Sie besetzten den Betrieb. Das war die erste Betriebsbesetzung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Dieter Braeg (Hg.), „Wir halten den Betrieb besetzt“, Die Buchmacherei, 257 S. (+ CD), 17,50 €.

...und der ganze Rest

12.) Treffen der Freien Arbeiterinnen und Arbeiter Union (FAU) Bielefeld

Allgemeines Syndikat (ASY-BI): montags, 1. und 15. Juni, 18.30Uhr

im FAU Gewerkschaftslokal, Metzgerstr. 20, Bielefeld

Gewerkschaftslokal geöffnet: montags, 16.00 - 18.00Uhr

Die FAU bietet



- ✧ kostenlose Hilfe und Tipps bei Ärger oder Stress auf der Arbeit, dem Amt: zu wenig oder gar kein Geld ausgezahlt, Urlaub verweigert, unbezahlte Überstunden
- ✧ einen Treffpunkt, um sich mit Menschen auszutauschen, die unseren Ideen nahe stehen, die einfach mehr wissen, einen Kaffee trinken, Zeitung oder Buch lesen, diskutieren wollen
- ✧ einen Raum für inhaltliche Veranstaltungen, Diskussionen, Lesungen, Literatur, Filme, Kleinkunst
- ✧ unseren Mitgliedern fair gehandelte, ökologisch hergestellte Produkte aus Kollektivbetrieben: Kaffee, Wein, Nudeln, Olivenöl usw.
- ✧ ein „Bewegungsgedächtnis“ in Form einer Bibliothek mit mehreren tausend Bänden, ein umfangreiches Zeitschriften und Dokumentenarchiv sowie eine Vielzahl audiovisueller Medien.
- ✧ Hilfe und Unterstützung bei Computerproblemen, Beratung bei Hardware, Linux-Schulungen
- ✧ eine Vernetzung mit weiteren Basisgewerkschaften und -gruppen in Bielefeld und der ganzen Welt

Kontakt: faubi-kontakt@fau.org

Web: www.fau.org/ortsgruppen/bielefeld/ oder <http://bielefeld.fau.org/>

Die FAU ist eine anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsföderation, die aus lokalen Syndikaten und Gruppen besteht. Interesse? Einfach vorbeikommen und Reinhören, mitreden, mitmachen!

Anarchistisches Forum Ostwestfalen-Lippe (AFOWL)



Derzeit befindet sich die Welt in einem Zustand sozialer, wirtschaftlicher und politischer Veränderungsprozesse, wie sie mindestens seit den 1960er Jahren, wahrscheinlich seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr erlebt wurden. In allen Regionen der Welt begehren Menschen auf, kämpfen gegen ihre Unterdrücker_innen und für ein freies, selbstbestimmtes Leben, frei von materieller Not, Ausbeutung und Unterdrückung. Um diese Ziele zu erreichen, ist die Überwindung der herrschenden, kapitalistischen Gesellschaftsordnung keine Option, sondern eine zwingende Notwendigkeit. Wir als Anarchist_innen sind der Meinung, dass es diese Zeit der Umwälzung produktiv zu nutzen gilt, um unserem Ziel einer herrschaftsfreien Gesellschaftsordnung näher zu kommen. Daher gilt es für uns, den Blick nicht nur auf ferne Länder zu richten, sondern auch vor Ort aktiv zu werden. Dieser Aufgabe stellt sich das anarchistische Forum OWL.

Was wir tun

1. Verbreitung anarchistischer Ideen,
2. Organisierung und Vernetzung freiheitlich denkender Menschen in OWL und Umgebung, über Szenegrenzen hinweg. Aufbau einer verlässlichen Anlaufstelle für diese Menschen in der Region.
3. Erprobung anarchistischer Lebens- und Wirtschaftsformen in Theorie und Praxis,
4. Solidarische Beteiligung an aktuellen sozialen Kämpfen,

5. Alles, was Ihr draus macht. Das Anarchistische Forum ist explizit als offene Plattform gedacht!

HP: afowl.noblogs.org

Kontakt: afowl@riseup.net

Plena: Das Anarchistische Forum OWL trifft sich jeden ersten und dritten Mittwoch des Monats um 18 Uhr in der Metzgerstraße 20/Ecke Mühlenstraße, Bielefeld.

Die Zeitschrift des AFOWL gibt es hier: <http://conaction.noblogs.org/>

IT´S TIME TO ORGANIZE !

13.) Direkte Aktion

Zu kaufen gibt es die Direkte Aktion in OWL, soweit uns bekannt:

in Bielefeld:

- Buchladen Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7
- FAU-Büro, Metzgerstr. 20



Die Direkte Aktion kann hier: <https://www.direkteaktion.org/service/abo> bestellt werden.